

# Frust und verhärtete Fronten

Seit über 50 Jahren redet sie dem Bundesrat ins Gewissen - doch jetzt brodelt es in der Kommission für Konsumentenfragen. Selbst die Präsidentin ist nicht sicher, ob es das Gremium überhaupt noch braucht.

Christoph Lenz  
Bern

Es gibt unzählige obskure Gremien in Bundesbern. Die Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen (EKK) zählt sicher nicht dazu. Sie wurde 1965 vom Bundesrat mit einer wichtigen Mission ins Leben gerufen: In der entstehenden Konsumgesellschaft sollte sie der Landesregierung den richtigen Weg weisen zwischen Wirtschaftsinteressen und Konsumentenbedürfnissen. Bis heute hat die Kommission Gewicht: Der Bundesrat wählt die Mitglieder der EKK direkt. Das Mandat ist mit viel Ehre verbunden, zudem erhalten die 15 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden eine Entschädigung von 200 Franken pro Sitzung.

Immer fraglicher ist allerdings, ob die Konsumentenkommission ihrer Aufgabe noch nachkommt. So meldet sich die EKK seit dem Jahr 2010 immer seltener zu Wort. Wurden früher jedes Jahr mehrere Empfehlungen und Stellungnahmen zuhanden des Bundesrats und der Departemente verabschiedet, so findet sich seit 2013 nur noch eine einzige Empfehlung. Die Kommission begibt sich darin in juristische Detailfragen und empfiehlt dem Bundesrat, die Einführung eines Sammelklagesgesetzes zu prüfen.

## Wenn die Hälfte der Leute fehlt

Nachgelassen hat auch der Sitzungsrythmus der EKK: Traf sich die Kommission früher fast im Monatsrhythmus, finden seit einiger Zeit nur noch fünf Sitzungen pro Jahr statt. Dürftig ist mitunter auch die Präsenz der EKK-Mitglieder - selbst derjenigen, die für den reibungslosen Ablauf der Sitzungen verantwortlich wären. Ende 2016 fehlten bei einer Sitzung die EKK-Präsidentin, der Vizepräsident und der Leiter des Büros für Konsumentenfragen, welches das Sekretariat der EKK bestellt. Die Sitzung konnte nur durchgeführt werden, weil spontan Leute fürs Protokoll und die Sitzungsleitung einsprangen.

Bei einem anderen Treffen im Juni 2016 waren nur 7 von 15 Kommissionsmitgliedern anwesend. Dies geht aus Sitzungsprotokollen hervor, in die der «Ta-



Fragen der Sharing Economy beschäftigen auch die Konsumentenkommission: Mobility-Parkplatz in Altstetten ZH. Foto: Ex-Press

## «Der Graben zwischen Wirtschafts- und Konsumentenvertretern ist riesig. Das lähmt die Arbeit der Kommission.»

ges-Anzeiger», gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, Einsicht erhalten hat.

Viele EKK-Mitglieder sind zunehmend frustriert über diese Zustände. Es kommt sogar schon zu Rücktritten: Im Frühling hat Dagmar Jenni, Geschäftsführerin des Detailhandelsverbands Swiss Retail, entschieden, die EKK zu verlassen. In einem Schreiben an die

Kommission, das dem «Tages-Anzeiger» vorliegt, verschafft Jenni ihrem Ärger Luft: Die Zusammenarbeit im Gremium sei «äusserst schwierig» gewesen. In der EKK existiere «ein extremes Blockdenken». Zudem zeigten die Kommissionsmitglieder zu wenig Engagement. Sie habe leider keine Hoffnung, dass sich die Situation in naher Zukunft verändern werde, schreibt Jenni. Gegenüber dem TA wollte sie diese Kritik nicht weiter erörtern.

Unter der Bedingung, dass sie anonym aussagen können, bestätigen aber andere EKK-Mitglieder die von Jenni vorgebrachte Kritik. «Der Graben zwischen Wirtschaftsvertretern und Konsumentenvertretern ist riesig. Das lähmt die

Arbeit der Kommission», sagt ein Mitglied. Die Folge sei, erzählt ein anderes Mitglied, dass es ewig lange dauere, bis die Kommission sich auf einen Standpunkt einigt. Manchmal gebe es gar keine Einigung. Das Ergebnis: «Wir kommen oft zu spät mit unseren Eingaben an die Behörden. Bis sich die EKK äussert, hat sich der Bundesrat oft schon entschieden. So war es etwa beim Thema Digitalisierung.»

## Bigler sieht sich bestätigt

Die Präsidentin der Kommission für Konsumentenfragen, Marlis Koller-Tumler, bestreitet nicht, dass die Konflikte in der EKK zugenommen haben. Es gebe immer wieder Zeiten, in denen die Fron-



D. Jenni.

H.-U. Bigler.

ten zwischen den Wirtschafts- und den Konsumentenvertretern verhärtet seien, sagt sie. «Es ist aber nicht so, dass wir seit 2013 gar nichts mehr gemacht haben.» Neben der Empfehlung zum Sammelklagesgesetz habe die Konsumentenkommission Arbeitsgruppen zu Themen wie Sharing Economy oder Regulierungsfragen gebildet, um Einfluss zu nehmen.

Koller-Tumler räumt aber ein, dass die EKK «womöglich tatsächlich an Bedeutung verloren» habe. Die Funktion der Kommission als Scharnier zwischen Politik und Öffentlichkeit sei weniger wichtig als früher. «Es ist für Bürger und Gruppierungen sehr viel einfacher, direkt auf Parlamentarier und die Verwaltung zuzugehen.» Sie sei zwar überzeugt, dass der Bund in Sachen Konsumentenschutz aktiv bleiben müsse, so Koller-Tumler weiter. «Ob die EKK in der heutigen Form absolut notwendig ist, das mögen andere beurteilen.»

Die Vorkommnisse in der EKK sind für Hans-Ulrich Bigler nicht erstaunlich. Der Zürcher FDP-Nationalrat und Direktor des Gewerbeverbands ist Verfasser eines Vorstosses, der die Auflösung von einem Drittel aller rund 120 ausserparlamentarischen Kommissionen fordert. Der Vorstoss wird im Herbst im Ständerat diskutiert. Ob die EKK noch eine Berechtigung habe, könne er von aussen schlecht beurteilen, sagt Bigler. «Generell fehlen mir aber bei vielen dieser Kommissionen einfach die konkreten Resultate.» Das Argument, dass die Sitzungsgelder für Kommissionsmitglieder moderat seien, lässt Bigler nicht gelten. «Die Kommissionen müssen auch betreut werden, das verursacht zusätzlichen Kosten für die Verwaltung. Hier ist ein echtes Sparpotenzial vorhanden.»

## In Basel gerät etwas ins Rutschen

Baudirektor unter Druck, Volkswirtschaftsdirektor angeschlagen und Finanzdirektorin vor dem Absprung: In Basel steht die linke Mehrheit zur Debatte.

Philipp Loser  
Basel

Was kümmert ihn schon eine Million? Basel hat Geld, mehr als genug, und Basel braucht jetzt endlich diese Verlängerung der Tramlinie ins Elsass. Und weil man sich bei der Verlängerung nach Deutschland schon grosszügig zeigte, will man bei den Franzosen nicht so sein. Was ist schon eine Million?

Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) versprach den Franzosen die eine Million für den Ausbau der Tramlinie in das angrenzende St. Louis, der dieses Jahr fertiggestellt werden soll. Er machte damit einen Fehler, den die rot-grüne Mehrheit in Basel noch lange spüren dürfte. Wessels versprach die Million informell. Ohne Vereinbarung, ohne erkennbare Gegenleistung.

## Geschäftsprüfer rügten

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates - präsiert von SP-Grossrat Tobit Schäfer - beschäftigte sich in der Folge eingehend mit dem Fall (und nicht zum ersten Mal mit der Amtsführung von Wessels) und stellte ein «Versagen» der politischen Aufsicht fest, ein «Versagen» der strategischen Führung der Basler Verkehrsbetriebe (BVB). Nach der Publikation des Berichts vor drei Wochen trat Paul Blumenthal,

der Verwaltungsratspräsident der BVB, mit sofortiger Wirkung zurück. Auch Vizepräsident Paul Rüst ging.

Wessels hingegen: Der bewegt sich nicht, den kümmert das kaum. Dabei geht es nicht nur um die Million nach Frankreich, die nun noch vom Kantonsparlament absegnet werden muss. Die GPK kritisierte in ihrem Bericht auch die autoritäre Führung der BVB, deren Eigentümer der Kanton ist, und einen Sparauftrag, den die Verkehrsbetriebe viel zu rigoros ausführten - und damit das Personal nachhaltig verärgerten.

## Rücktritt gefordert

Als der Bericht öffentlich wurde, stellte sich Wessels den Medien und sagte nichts. Nichts passiert. Nichts gesehen. Nichts falsch gemacht. «Wir werden in Zukunft besser hinsehen» - das war das Einzige an Substanz, was er in der einen Stunde sagte. Seine Regierungskollegen schonen ihn vorerst, er darf das Dossier behalten. Die Regierung will die Ergebnisse der GPK über die Sommerferien prüfen.

Der ehemalige SP-Präsident Helmut Hubacher forderte nach dem Wessels-Auftritt Anfang Juli dessen Rücktritt, der aktuelle SP-Präsident Pascal Pfister musste für Wessels in der «Basler Zei-

tung» jenes Schuldeingeständnis machen, zu dem sich der Regierungsrat nicht aufrufen konnte. «Er hat gewichtige Fehler begangen», sagte Pfister.

Seit 2009 sitzt Wessels in der Regierung, und nicht zuletzt (aber nicht nur) wegen seines exponierten Departements stand der Baudirektor immer wieder in der Kritik. Schlimmer, als es im GPK-Bericht steht, kann es nun kaum mehr werden. Allgemein wird erwartet, dass Wessels noch in dieser Legislatur zurücktritt. Und falls nicht: dass er bei den nächsten Wahlen 2020 nicht mehr antreten wird.

Und damit kommt man zur übergeordneten Ebene des Falls Wessels. Vor einem Jahr fanden in Basel die Gesamterneuerungswahlen statt. Zum ersten Mal machten die Bürgerlichen gemeinsame Sache mit der SVP, BaZ-Chefredaktor Markus Somm glaubte eine «feine Wechselstimmung» in der Stadt zu spüren. Es wurde dann nichts aus dem Wechsel. Wessels schaffte es knapp wieder in die Regierung, die rot-grüne Mehrheit von vier Sitzen blieb bestehen.

Erst ein Jahr ist das her, der Angriff war abgewehrt. Jetzt zeigt sich aber: Richtig schwierig wird es für die SP erst bei den nächsten Wahlen. Wessels tritt nicht mehr an, Volkswirtschaftsdirektor

Christoph Brutschin hat Probleme mit dem Gehör und wird ziemlich sicher nicht mehr zur Verfügung stehen, und Finanzdirektorin Eva Herzog - das ist ein offenes Geheimnis - rechnet mit einem Sprung nach Bundesbern, wo sie den Ständeratssitz von Anita Fetz erben soll.

Das heisst zusammengefasst: Wenn die SP ihre Regierungssitze nicht kontinuierlich und ab sofort auswechselt, muss die rot-grüne Mehrheit in der Stadt 2020 mit drei neuen Kandidatinnen und Kandidaten verteidigt werden. Einzige Bisherige wäre dann die Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann von den Grünen, die einen noch schlechteren Start in ihr Amt hatte als ihr Vorgänger Guy Morin. Etwas, das in der Stadt mit grosstem Erstaunen wahrgenommen wird. Ackermann scheint nicht gerne zu kommunizieren - was als Regierungspräsidentin mit grösstenteils repräsentativen Aufgaben eher problematisch ist.

## «Chance auf einen Wechsel»

«Die Chance auf einen Wechsel ist so gut wie noch nie», sagt Luca Urgese, seit einem Jahr Präsident der Freisinnigen. Die SP zeige Verschleisserscheinungen, das Personal der Grünen lasse zu wünschen übrig, «und wir Bürgerlichen sind so geschlossen wie noch nie». Sein Konterpart Pascal Pfister von der SP ist auch erst seit kurzem Präsident. Und Pfister weiss, dass er das Präsidium nicht zur einfachsten Zeit übernommen hat. «Uns stehen grosse Veränderungen bevor», sagt er und tönt dann nicht mehr wie jemand, der erst seit zwei Monaten Präsident einer Partei ist. «Aber das sind zu erst Herausforderungen. Und wir haben das Personal, um den Wechsel gut zu bewältigen.»

## Kritik an der Strategie der Tessiner FDP

Bei den Tessiner Freisinnigen regt sich Widerstand gegen den Antrag der Parteispitze, Nationalrat Ignazio Cassis als einzigen Kandidaten ins Rennen um die Nachfolge von Aussenminister Didier Burkhalter zu schicken, wie die Sonntagszeitungen der Zentral- und der Ostschweiz berichten. Um den Sitz nicht wieder an die Westschweiz zu verlieren, müsse die Südschweiz zwei Kandidaten aufstellen, fordern Tessiner FDP-Exponenten. Der ehemalige Kantonalpräsident Pier Felice Barchi schlägt darum ein Dreierticket mit Cassis, der ehemaligen National- und Staatsrätin Laura Sadis und dem amtierenden Finanzdirektor Christian Vitta vor. «Ich bin für drei Kandidaten, schliesslich sind wir in einer liberalen Partei, nicht in einer sozialistischen.» Mit dieser Strategie habe bereits Nello Celio (1914-1995) die Wahl in den Bundesrat geschafft.

Cassis, der gemäss eigener Aussage bei einer Wahl zehn Jahre im Bundesrat bleiben will, äussert sich im «Sonntags-Blick» diplomatisch zur Kritik an der Parteispitze: «Ich glaube, jede Strategie wäre kritisiert worden. Die Kantonalpartei hat ihre Strategie gewählt, da war ich nicht involviert.» Laut der «NZZ am Sonntag» gefällt sich Cassis in der Rolle des Kronfavoriten. Doch er mache sich auch Sorgen, so früh als Kandidat aufzutreten, erklärte er. Wahrscheinlich ist, dass auch die Romandie noch jemanden ins Rennen schickt. Im Vordergrund steht möglicherweise eine Frauenkandidatur mit der Waadtländer Nationalrätin Isabelle Moret. Als potenzielle Kandidaten gehandelt werden auch die Regierungsräte Jacqueline de Quattro (VD) und Pierre Maudet (GE). (SDA)



H.-P. Wessels  
Baudirektor (SP)



Eva Herzog  
Finanzdirektorin (SP)